

## **291 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP**

---

# **Bericht**

## **des Umweltausschusses**

### **über den Antrag 282/A(E) der Abgeordneten Andreas Wabl und Genossen betreffend Schaffung eines Energieverbundes zwecks Krsko-Schließung und den Antrag 301/A(E) der Abgeordneten Georg Wurmitzer und Genossen betreffend Bemühungen um die Schließung des AKW Krsko**

Die Abgeordneten Andreas Wabl und Genossen haben den Antrag 282/A(E) am 1. Juni 1995 im Nationalrat eingebracht.

Dem Antrag wurde die nachstehende Begründung entnommen:

„Im Rahmen des vorwöchigen Slowenien-Besuches einer österreichischen Parlamentarierdelegation mit Präsident Dr. Fischer an der Spitze war die Schließung des Kernkraftwerkes Krsko erneut und zurecht eines der dominanten Themen. Nach dem grundsätzlichen Schließungsbeschluß Sloweniens und auf Grund der zahlreichen bestehenden Sicherheitsmängel in Krsko stehen Aktivitäten Österreichs mit der Zielsetzung einer Außerbetriebnahme binnen kürzester Zeit gegenwärtig im Mittelpunkt der Diskussion.

Die Schaffung eines „Österreichisch-Slowenischen Energieverbundes“ (ÖSE) wurde in diesem Zusammenhang grundsätzlich begrüßt (apa350, 25. Mai 1995 Fischer: „Österreichischer Ersatzstrom für Slowenien möglich“; apa007, 24. Mai 1995 „Slowenische Abgeordnete regen Einsetzung einer bilateralen Arbeitsgruppe an, die Möglichkeiten der Schaffung eines ÖSE prüfen soll“) und würde sich im Rahmen der gegebenen Umstände und aktuellen Voraussetzungen als zielführende Initiative anbieten.

Einerseits müßte Slowenien derzeit in Krsko Großinvestitionen für diverse Sanierungsmaßnahmen im Ausmaß von rund 500 Millionen US\$ tätigen, die ebenso für einen derartigen Energieverbund eingesetzt werden könnten. Andererseits existieren in Österreich für den Zweck der Substitution von Krsko ausreichende Kapazitäten im Kraftwerkspark wie auch ausreichend freie Kapazitäten im bestehenden Leitungsnetz, deren zielgerichteter Einsatz in einem Energieverbund geplant und realisiert werden könnte.“

Die Abgeordneten Georg Wurmitzer und Genossen haben den Antrag 301/A(E) am 22. Juni 1995 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Im Rahmen von Besuchen österreichischer Parlamentarier in Slowenien, zuletzt unter Leitung des Nationalratspräsidenten Dr. Fischer im Mai dieses Jahres, war die Schließung des AKW Krsko das vorrangige Thema. Bemühungen um die Schließung des AKW Krsko sind derzeit besonders aktuell, weil die Betreiber des AKW zu Investitionen in der Höhe von 500 Millionen US\$ gezwungen sind, um überhaupt die Genehmigung für den Fortbetrieb des Werkes zu erhalten. Diese Investitionsmittel sollten sinnvollerweise besser für die Umsetzung des Ausstiegsszenarios und für alternative Versorgungsmaßnahmen eingesetzt werden.“

Der Umweltausschuß hat die gegenständlichen Anträge am 5. Juli 1995 in Verhandlung gezogen. Hinsichtlich des Antrages 282/A(E) fungierte Abgeordnete Ing. Monika Langthaler, hinsichtlich des Antrages 301/A(E) Abgeordneter Georg Wurmitzer als Berichterstatter im Ausschuß.

2

## 291 der Beilagen

An der anschließenden Debatte beteiligten sich außer den Berichterstattern die Abgeordneten Georg Oberhaidinger, Mag. Thomas Barmüller und Andreas Wabl.

Die Abgeordneten Georg Wurmitzer und Dr. Dieter Antoni brachten zum Antrag 301/A(E) einen Abänderungsantrag ein.

Bei der Abstimmung fand der Antrag 282/A(E) nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit. Der Antrag 301/A(E) wurde in der diesem Bericht beigedruckten Fassung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Zur Berichterstatterin für das Haus wurde Abgeordnete Edeltraud Lentsch gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Umweltausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle

1. diesen Bericht hinsichtlich des Antrages 282/A(E) zur Kenntnis nehmen;
2. die beigedruckte EntschlieÙung annehmen.

%

Wien, 5. Juli 1995

**Edeltraud Lentsch**

Berichterstatterin

**Mag. Karl Schweitzer**

Obmann

∕.

## **EntschlieÙung**

Die Bundesregierung wird ersucht, ihre Bemühungen um eine raschestmögliche Schließung des AKW Krsko verstärkt fortzuführen. In diesem Sinne wird die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen Österreich und Slowenien zur Definition der Voraussetzungen für einen Ersatz des AKW Krsko angeregt.